

# STADT NAUMBURG (Saale)



- ☐ Entscheidung
- ☒ Vorberatung
- ☐ Unterrichtung
- ☐ Tischvorlage

Einreicher: Oberbürgermeister

Prüfung: ☒ Barrierefreiheit

☒ Gleichstellung

- ☐ Gemeinderat
- ☒ Hauptausschuss
- ☐ Wirtschaftsausschuss
- ☐ Technischer Ausschuss
- ☐ Sozial- und Kulturausschuss
- ☐ Finanz- und Vergabeausschuss
- ☐ Ortschaftsrat

Eingang **22.09.2016**

Sitzung am: **19.10.2016**

Vorlage **Ha 206/16**

Teilnahme intern: **Herr Opel**

extern:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

## Tagesordnungspunkt:

### Betreff:

Änderung Umsatzsteuergesetz

### Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Verwaltung bis zum 31.12.2020 weiterhin die Regelungen des §2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anwendet.

---

|                 |    |       |
|-----------------|----|-------|
| Vorberatung am: | im | Ergb. |
|-----------------|----|-------|

---

### Finanzielle Auswirkung:

☒ nein ☐ ja, in folg. Höhe:

Deckungsvorschlag: ☐ Haushaltsplan :  
☐ über-/außerplanmäßig

Buchungsstelle:

**Begründung:**

Nach derzeit geltendem Recht sind juristische Personen des öffentlichen Rechts (j.PöR) nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art gewerblich tätig (nationales Recht).

Neuregelung: J.PöR sind nach denselben umsatzsteuerrechtlichen Bedingungen Unternehmer wie auch andere natürliche oder juristische Personen oder Personenvereinigungen.

Die Anpassung des nationalen Rechtes an die EU-Regelung ist durch Artikel 12 des Steueränderungsgesetzes 2015 erfolgt. Das Umsatzsteuergesetz wurde um den § 2b erweitert. Der § 2b gilt für alle j.PöR verbindlich ab dem 01. Januar 2021. Im Zeitraum vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2020 können die j.PöR die Regelung anwenden.

Bis zum 31.12.2016 ist dem zuständigen Finanzamt mitzuteilen, welche Regelung die Kommune anwenden möchte.

Derzeit fehlen noch Anwendungsregelungen zum Gesetzestext. Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) ist noch mit dem Anwendungsschreiben beschäftigt. Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sowie das Ministerium für Finanzen Sachsen-Anhalt empfehlen allen j.PöR bis zum 31.12.2016 gegenüber dem zuständigen Finanzamt die Optionserklärung abzugeben um die bisherige Rechtslage über den 31.12.2016 hinaus anwenden zu können.

Der Formulierungsvorschlag der Anlage soll übernommen werden. „Hiermit erklärt die Stadt Naumburg (Saale), dass sie für die Beurteilung der Frage, ob sie unternehmerisch tätig wird, für sämtliche von ihr nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin die Regelungen des §2 Abs. 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung anwendet.“

Bernward Küper  
Oberbürgermeister

**Anlagen:**

Auszug Steueränderungsgesetz  
Schreiben BMF  
Schreiben MF